

April 2023

**EDU**

*Aktuell*

**LIEBE MITGLIEDER  
UND FREUNDE  
DER EDU**

**MENSCHENFURCHT**

*Sich vor Menschen fürchten bringt Gefahr; auf den HERRN vertrauen bringt Sicherheit. Viele buhlen um die Gunst eines Herrschers; dabei ist es der HERR, der ihnen Recht verschaffen kann. Wer das Recht liebt, verabscheut die Rechtsbrecher. Wer das Unrecht liebt, verabscheut die Rechtschaffenen.*

*Sprüche 29, 25–27*

Mir ist im Zusammenhang mit der Kandidaturen-Suche für Wahlvorschläge aufgefallen, wie viel Menschenfurcht auch in christlichen Kreisen vorherrscht! Es wird zwar nicht so ausgesprochen, aber die Einwände, nicht auf einem Wahlvorschlag zu erscheinen und sich somit nicht für die EDU und die biblischen Werte zu exponieren, führen bei mir zu diesem Schluss. Ich rufe Sie dazu auf, Gottesfurcht zu haben, nicht Menschenfurcht. Obige Verse zeigen es klar auf: Menschenfurcht, um die Gunst von Menschen zu buhlen, ist gefährlich, auf Jesus zu vertrauen bringt Sicherheit und verschafft Recht! Ich wünsche Ihnen von Herzes Gottesfurcht und seinen Segen.

**Christian Mader**



# BESTEUERUNG GROSSER UNTERNEHMENS-GRUPPEN – OECD-MINDESTSTEUER-VORLAGE



Gemäss einem Beschluss der OECD sollen grosse, international tätige Konzerne in jedem Land weltweit zu mindestens 15 Prozent besteuert werden.

Für eine Annahme der Vorlage plädierte SVP-Ständerat Jakob Stark. Mit einem Ja könne verhindert werden, dass Steuergeld ins Ausland abflüsse.

Die Nein-Parole vertritt Grüne-Nationalrat Kurt Egger. Die Vorlage sei kein Beitrag zu mehr globaler Steuergerechtigkeit, denn Konzerne, die in wirtschaftlich benachteiligten Ländern im globalen Süden geschäften, würden ihre Gewinne weiterhin in die Schweiz und andere Tiefsteuerstaaten verschieben können.



Jakob Stark (SVP-Ständerat) und Kurt Egger (Nationalrat Grüne) vertreten ihren jeweiligen Standpunkt.

**Gemäss der OECD sollen grosse Konzerne in jedem Land zu mindestens 15 Prozent besteuert werden.**

Mehrere Votanten kritisierten zudem, dass die OECD den Staaten ohne demokratische Legitimation Vorgaben mache und die Schweiz als eines der ersten Länder ohne Not eine Gesetzesvorlage erarbeitet habe.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

STIMMFREIGABE

23 Ja-Stimmen  
19 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

## KLIMASCHUTZ-GESETZ – KLG

Das vorliegende Bundesgesetz für Klimaschutz ist als Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative entstanden.

Die befürwortenden Argumente stellte der Nationalrat der Grünen, Kurt Egger, vor. Wir seien es nachfolgenden Generationen schuldig, jetzt umfassende Massnahmen für eine Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses zu beschliessen. Das Gesetz trage mit langfristigen Zielen, Investitionen und Innovationsförderung dazu bei, dass die Abhängigkeit vom Ausland vermindert werde.

Diesen Ausführungen hielt SVP-Ständerat Jakob Stark entgegen, dass dieses «Stromfressergesetz» zu einer unnötigen Verteuerung der Lebenshaltungskosten führe.

Obwohl wir in der Schweiz schon heute zu wenig und zu teuren Strom hätten, wolle das neue Bundesgesetz Heizöl, Gas, Diesel und Benzin als Energieträger verbieten. Heizen und Auto fahren wären nur noch elektrisch möglich.

Die Versteifung auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoss sei falsch, vielmehr solle sich die Schweiz echtem Umweltschutz widmen.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

NEIN-PAROLE

4 Ja-Stimmen  
39 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

# COVID 19-GESETZ

Wir sagen am 18. Juni «Nein» zum Covid 19-Gesetz weil...

- wir die Spaltung der Gesellschaft überwinden wollen.
- wir den Ausnahmezustand beenden wollen.
- wir die Beschneidung der Grundrechte stoppen wollen.

Worum geht es bei dieser Abstimmungsvorlage? Zentraler Bestandteil ist die Verlängerung der gesetzlichen Grundlagen für das Covid-Zertifikat und den Erlass von Massnahmen wie der Maskepflicht bis Mitte 2024.

Für uns gibt es schlicht keinen rationalen Grund, das Covid-19-Gesetz nochmals zu verlängern. Zudem gibt es inzwischen zahllose öffentlich gewordene Enthüllungen über den fehlenden Nutzen der Zertifikatspflicht, Nebenwirkungen der mRNA-«Impfung», eine massive



Daniel Frischknecht, Präsident der EDU Schweiz – Covid 19-Gesetz



Peter Schenk, EDU-Kantonsrat – Änderung des Gesetzes über die Energienutzung



Lukas Madörin, EDU-Kantonsrat – Kreditbegehren über CHF 127,2 Mio. ...

Übersterblichkeit. Auch die stark eingebrochene Geburtenraten im Jahr 2022 lassen die staatlichen Corona-Massnahmen in einem schlechten Licht erscheinen. Die Pfizer-Direktorin Janine Small hat nämlich bei einer Anhörung vor dem EU-Sonderausschuss zugegeben, dass ihr Covid-19-«Impfstoff» vor der Markteinführung nicht darauf getestet wurde, ob dadurch die Übertragung des Virus verhindert werden kann.

Heute wissen wir, dass Bundesrat Berset und seine Task Force gewusst haben müssen, dass das Covid-Zertifikat nicht vor Ansteckung schützte – und doch haben sie das Gegenteil behauptet.

## ÄNDERUNG DES GESETZES ÜBER DIE ENERGIENUTZUNG

Der existente thurgauische Energiefonds ist bei 22 Mio. gedeckelt. Mehr kann nicht eingelegt werden. Dieser Deckel, diese Obergrenze soll weggemacht werden, damit bei guten kantonalen Rechnungsabschlüssen eine stärkere Öffnung möglich wird.

Diese erhöhte Förderungsmöglichkeit von einheimischer erneuerbarer Energienutzung ist sinnvoll und kommt dem einheimischen Wirtschaftssystem zugute. Die Auslandsabhängigkeit wird verringert und es entsteht ein Nutzen für Umwelt und Klima.

«Die Auslandsabhängigkeit wird verringert und es entsteht ein Nutzen für Umwelt und Klima.»

Die EDU-Kantonsräte heissen die Vorlage mit 4:1 Stimmen für gut.

KANTONALE VORLAGE

JA-PAROLE

34 Ja-Stimmen  
8 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

Die EDU Schweiz hat an der Delegiertenversammlung vom 1. April dazu einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die EDU hat auch zuvor bereits das Referendum unterstützt.

EIDGENÖSSISCHE VORLAGE

NEIN-PAROLE

1 Ja-Stimmen  
34 Nein-Stimmen

## KREDITBEGEHREN ÜBER CHF 127,2 MIO. ...

... betreffend der Verwendung des Agios aus der Ausgabe von Partizipations-scheinen der Thurgauer Kantonalbank.

Zur Verwendung dieses Geldes gibt es viele Ideen. Geeignet hat man sich nun auf 20 Projekte, die von dieser finanziellen Förderung profitieren sollen. Es war der Kommission wichtig, dass darunter nur Dinge sind, die nicht anderweitig bereits vom Staat unterstützt werden.

Die EDU Thurgau steht hinter diesem Paket. Ihres Erachtens ist es wichtig, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen.

KANTONALE VORLAGE

JA-PAROLE

28 Ja-Stimmen  
13 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen

# JAHRESVERSAMMLUNG

## Jahresbericht

In seinem Jahresbericht betont Präsident Christian Mader, dass die EDU einen wichtigen Platz unter den politischen Parteien einnimmt, weil unsere berechenbare, glaubwürdige Politik Vertrauen schaffe. Unsere Haltung müsse aber breiter wahrgenommen werden. Dies gelingt uns zurzeit noch nicht optimal, darum will die EDU in Zukunft der Öffentlichkeit, ihren Mitgliedern und Sympathisanten die EDU-Werte besser kommunizieren.

Ein weiterer Schwerpunkt, den wir uns setzen ist, die jüngere Generation für unsere Politik zu gewinnen.

In den kommenden Jahren wird die EDU weiter gefordert sein. Themen wie Gender und Woke bringen ein furchtbares Durcheinander in unsere Gesellschaft. Dem müssen wir entgegenhalten mit unserer klaren Sprache und glaubwürdigen Politik. Im Kantonsrat steht uns dazu eine Plattform zur Verfügung.

## Jahresrechnung

Solide Finanzen sind eine wichtige Voraussetzung, um die laufenden Kosten zu decken und die anstehenden Wahlen diesen Herbst und nächsten Frühling erfolgreich zu gestalten.

Herzlichen Dank für Ihre treue Mithilfe!

## Wahlen

### Vorstand / Delegierte

- Als neuer 2. Vizepräsident wird **Lukas Dick** einstimmig gewählt.
- **Samuel Nufer** hat seinen Rücktritt als Aktuar gegeben. Ein Ersatz wurde bisher noch nicht gefunden.
- Als neuer Delegierter wird **Frank Alexander Weibel** aus Eschenz einstimmig gewählt.

### NR-Wahlen / GR-Wahlen

Für die kommenden NR-Wahlen laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Mit zwei Listen, EDU und JEDU, wollen wir unsere Wähleranteile gegenüber 2019 wieder steigern.

Die NR-Wahlen sind ein Vorlauf zu unserem grossen Ziel, den Kantonsratswahlen 2024, wo wir die Fraktionsstärke halten wollen. Nur wenn wir Sitze gewinnen, können wir im politischen Alltagsgeschäft Einfluss nehmen!



Lukas Dick – Kassier und neugewählter 2. Vizepräsident – erklärt die Jahresrechnung.



Christian Mader, Präsident



Hans Trachsel, Vizepräsident

**EDU+UDF**

Eidgenössisch-Demokratische Union  
Union Démocratique Fédérale  
Unione Democratica Federale

### EDU Kanton Thurgau

Sekretariat  
Hellmühlestrasse 9  
8580 Amriswil

079 343 01 29  
tg@edu-schweiz.ch  
www.edu-tg.ch

PC 25-564070-2  
IBAN: CH45 0900 0000 2556 4070 2